

Die nächste „Große Idee“

Von Robert Misik

**In der internationalen Debatte wird Richard
Wilkinsons und Kate Picketts „Gleichheit ist
Glück“ bereits als „game changer“ gesehen:
Was passiert da eigentlich gerade?**



Schon lange nicht hat ein Buch in gesellschaftswissenschaftlich und politisch interessierten Kreisen derart eingeschlagen wie „Gleichheit ist Glück“ von Richard Wilkinson und Kate Pickett. Es ist, als eröffneten sie uns einen neuen Blick auf unsere Gesellschaften. Als fiel uns etwas wie Schuppen von den Augen. Nämlich: Dass egalitäre Gesellschaften besser funktionieren als solche, die durch grobe Reichtumsdifferenzen zerrissen sind. Nun würde man annehmen, dass dies keine große Neuigkeit ist. Was ist aber dann das Spezifische dieses Buches? Warum sorgt es gerade jetzt für Aufsehen? Wieso wird es in der internationalen Debatte bereits als „game changer“ angesehen – als Studie, die die Diskurse und möglicherweise sogar die Politik auf eine neue Bahn bringen könnte?

Zunächst: Wilkinson und Pickett fügen sich ein in eine Reihe von Forschungsergebnissen der modernen „Glücksforschung“. Schon Richard Layard unterstrich in seinem Buch „Die glückliche Gesellschaft“, „dass die Menschen heute nicht glücklicher sind als vor 50 Jahren. Und das, obwohl sich das reale Durchschnittseinkommen in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt hat.“ Wenn der Reichtum einer Gesellschaft wächst – also das Nationaleinkommen pro Kopf –, aber parallel auch die Ungleichheit, dann werden die Menschen oft sogar unglücklicher. Denn dann setzt ein „Statuswettlauf“ ein, und „wir fühlen ein großes Bedürfnis, mit anderen mithalten.“ Wilkinson und Pickett beweisen nun anhand einer Fülle von Fakten aus rund 200 internationalen

Datensätzen, dass in Gesellschaften mit groben Ungleichheiten die Menschen im Durchschnitt unglücklicher sind. Gewiss sind auch in diesen Gesellschaften die Reichen glücklicher als die Armen, aber in jedem einzelnen Einkommenssegment sind die Menschen unglücklicher als in egalitären Gesellschaften. Also: In Gesellschaften, die schroff in Reich und Arm gespalten sind, sind die Reichsten keineswegs besonders glücklich, im Gegenteil. Egalitäre Gesellschaften sind also für alle besser, nicht nur für die, die heute unterprivilegiert sind. Kurzum: Der Egoismus ist sogar für die Egoisten unkomfortabel.

Dabei stützen sich die Autoren nicht nur auf sanfte Parameter wie „subjektive Lebenszufriedenheit“, sondern vor allem auf harte Lebensqualitätsparameter wie Lebenserwartung, Krankheitsrisiko, psychische Probleme, Gewaltkriminalität, Fettleibigkeit, Teenagerschwangerschaften, soziale Mobilität et cetera. Ungleichheit setzt alle unter Stress; freilich zahlen die Menschen auf den unteren Sprossen der sozialen Leiter den mit Abstand höchsten Preis. Deklassiertheit, Unterprivilegiertheit, materieller Mangel, gestörte soziale Beziehungen, kulturelle Abhängigkeit, Respektlosigkeit – all das grassiert in Gesellschaften mit krassen und wachsenden Ungleichheiten. Wenn die Gewinner in solchen Gesellschaften uns glauben machen wollen, Ungleichheit sei funktional für Prosperität, weil sie Leistung belohne, dann übersehen sie gerne die Kosten, die sie einer Gesellschaft damit aufbürden. Wer in einer Gesellschaft mit verschärf-

ter Statuskonkurrenz unten steht, der fühlt sich erniedrigt. Depraviertheit und Abgehängtheit macht psychisch krank, oft auch gewalttätig und lässt Menschen absacken, die unter anderen Bedingungen ein gutes Leben führen und einen produktiven Beitrag zu einer Gesellschaft leisten könnten. Die sozialstaatliche Garantie des existentiellen Minimums kann daran nicht wirklich viel ändern. Wer unten ist, wird täglich gemobbt, ist Respektlosigkeit ausgesetzt, ist Ziel fortwährender Kränkungen, ist als Verlierer abgestempelt, wird zum Opfer, und das heißt auch: Er hat keinen Subjektstatus mehr, ist nur mehr Objekt sozialarbeiterischer Verwaltung. Wenn viele Menschen täglichen Demütigungen ausgesetzt sind, dann verrotten Gesellschaften von innen.

Die Datensätze und Forschungsergebnisse lassen also nur einen zwingenden Schluss zu: Gute Politik muss versuchen, das Wachstum grober Ungleichheiten an Einkommen und Vermögen zu verhindern. Nein, mehr noch: Sie muss diese Ungleichheiten verringern.

Gerade noch war Gleichheit „total retro“

Nun ist die Gleichheit freilich in den vergangenen Jahrzehnten gehörig aus der Mode gekommen. Schon der Versuch, nicht absolute Gleichheit, sondern nur ein bisschen mehr Gleichheit unter den Menschen herzustellen, wurde als natives Liebäugeln mit gefährlichen kommunistischen Flausen an den Pranger gestellt. Kaum etwas galt als dermaßen altmodisch und „total retro“ wie Gleichmacherei. Worte wie „Verteilungsgerechtigkeit“ haben den abgestandenen Charme von Laminatfußböden. Ungleichheit sei funktional für prosperierende Marktwirtschaften, hat man uns erklärt, aber sie sei auch eine schöne Sache, da die Welt doch bunt sei und sich alle Menschen total voneinander unterscheiden. Deshalb wird auch heute noch jeder Versuch, Gesellschaften auch nur ein bisschen gleicher zu machen, von vielen Leuten instinktiv als ein Angriff auf die menschliche Natur angesehen. In der Sozialphilosophie wurden deshalb Begriffe wie „komplexe Gerechtigkeit“ eingeführt, die legitimen Gleichheits- wie Ungleichheitsaspirationen Rechnung tragen wollten. Und die Parteien der demokratischen Linken – Sozialdemokraten voran – räumten ihren Grundwert „Gleichheit“ in die Rumpelkammer und sprachen nur mehr verschämt von „Chancengleichheit“, „Umverteilung der Möglichkeiten“ oder „Fairness“ – als könnte man „gleiche Chancen“ haben ohne die Nivellierung der Ungleichheiten, als wäre nicht die kumulierende „Ungleichheit im Ergebnis“ für die jeweils nächste Generation notwendigerweise eine „Ungleichheit der Möglichkeiten“.

Das Ergebnis: 59 Prozent der Weltbevölkerung lebten im vergangenen Jahrzehnt in Gesellschaften, in denen die Ungleichheiten zunahmen, und nur 5 Prozent in solchen, in denen sie abnahmen.

Mit dem Absturz des finanzgetriebenen Kapitalismus in die schwerste und gefährlichste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ist nun mehrerlei eingetreten: Erstens hat die Vorstellung, dass wir Ungleichheiten in Kauf nehmen müssen, weil sie uns eine prosperierende Ökonomie garantieren, gehörig an Plausibilität verloren – um das Mindeste zu sagen (und diejenigen, die sie mit besonderer Verve unter die Leute brachten, massiv an Reputation). Zweitens wird sich die Bereitschaft der normalen Bürger, einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Mittel aufzubringen, die zur Rettung des Finanzsystems notwendig sind (die den Besitzern großer Finanzvermögen mehr nützen als anderen), bald als sehr begrenzt erweisen. Einfach gesagt: Fairness macht hier eine Abschöpfung der großen Vermögen erforderlich. In Deutschland besitzen die obersten 10 Prozent der Bevölkerung 61 Prozent aller Privatvermögen. Während aber die Gutverdiener aus der Mittelschicht 53 Prozent jedes zusätzlich verdienten Tausend-Euro-Scheins an Steuern und Abgaben abführen, überweist ein Millionär von jeder zusätzlich erwirtschafteten Million durchschnittlich nur 35 Prozent an den Staat. Drittens und vor allem sind die Kräfte der demokratischen Linken – Parteien, aber auch Think Tanks – auf der Suche nach einer neuen Idee. Nicht einfach nach „Konzepten“, „Steuerplänen“ oder „Reformvorschlägen“, sondern nach einer eminenten Idee, einer Story, einem Ziel, das all diese Konzepte zusammenhalten kann. Und dass egalitärere Gesellschaften „gute Gesellschaften“ sind, dass sie besser funktionieren, dass der Einzelne in ihnen unbeschwerter lebt, dass der Zusammenhalt besser klappt und dass sie den sozialen Stress und die mit ihm verbundenen desaströsen Erscheinungen reduzieren – das ist eine solche „große Idee“.

Hat die progressive Politik den nötigen Mut?

In diesem Zusammenhang ist der von Wilkinson und Pickett erbrachte Nachweis von besonderer Bedeutung, dass egalitäre Gesellschaften für alle besser sind, also auch für die große Mehrheit der Privilegierten. Wäre es anders, wären egalitäre Gesellschaften besser für die Unterprivilegierten, aber schlechter für die Privilegierten, dann gäbe es unter Gerechtigkeitsaspekten gewiss auch einen Grund, für mehr Gleichheit zu argumentieren, man täte es aber auf einer anderen Grundlage. Es wäre so etwas wie bloße „Interessensvertretung“, fast Klientelpolitik, wenngleich eine, die eine moralische Begründung durchaus auf ihrer Seite



hätte. Mit Wilkinson und Pickett aber wird die progressive Idee des Egalitarismus zur Basis einer wertorientierten Politik, die sie nicht einfach nur an bestimmte Bevölkerungsgruppen richtet, sondern grundsätzlich an alle Bürger.

Damit das Buch aber wirklich zum game changer werden kann, brauchen die politischen Akteure des progressiven Lagers einen gehörigen Schuss Mut, und es darf schon gefragt werden, ob sie die Courage haben, die notwendigen Schlüsse daraus durchzukämpfen. Egalitäre Gesellschaften entstehen nämlich nicht so einfach. Es reicht nicht, den Sozialstaat zum sozialen Dienstleistungsstaat umzubauen oder die Bildungschancen der Unterprivilegierten



durch Schulreformen etwas zu verbessern. Damit Gesellschaften mit massiven Reichtumsungleichheiten zu weniger ungleichen Gesellschaften werden, bedarf es einer massiven Kehrtwende in vielen Politikbereichen: der Stärkung der Gewerkschaften, der Einführung flächendeckender höherer Mindestlöhne, des dramatischen Umbaus des Steuersystems. Was wäre notwendig? Die Besteuerung hoher Vermögensgewinne ebenso wie die de facto konfiskatorische Besteuerung hoher Erwerbseinkommen, sagen wir: ein Spitzensteuersatz in Höhe von 80 Prozent ab einer Einkommenshöhe von 200.000 Euro. Außerdem bräuchten wir Steuern auf Vermögensbesitz und hohe Erbschaftssteuern.

Anders wäre es kaum möglich, die seit Jahrzehnten akkumulierten Vermögensungleichheiten zu reduzieren. Wir wissen schließlich, welche Maßnahmen es waren, die die „Große Kompression“, also die Nivellierung der Ungleichheiten in den Vereinigten Staaten in Folge des New Deal möglich machten: Franklin D. Roosevelt hat in den dreißiger Jahren den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen auf 79 Prozent angehoben – später stieg er sogar noch auf 91 Prozent. Die Erbschaftssteuer erreichte zeitweise einen Spitzenwert von 77 Prozent – wohlgerne, in den Vereinigten Staaten, die allgemein nicht als das Mutterland des Kommunismus gelten. In den drei Jahrzehnten, die durch diese Politik geprägt waren, wurden die sozialen Unterschiede tatsächlich nach und nach nivelliert.

Würde man all dies durchsetzen, hätten natürlich noch immer nicht alle die gleiche materielle Ausstattung – aber sie hätten eine vergleichbare materielle Ausstattung. Manche hätten zehnmal oder zwanzigmal soviel wie der Durchschnittsverdiener – aber kaum jemand mehr das Dreihundertfache. Dass ein Bankvorstand seinen Job hinwirft, weil er der Meinung ist, für 500.000 (!) Euro pro Jahr könne man keine qualifizierten Leute finden – ein solch bizarrer Vorgang wäre kaum mehr vorstellbar. Es wäre dann nicht mehr so, dass Bürger zwar im selben Gemeinwesen, aber de facto auf unterschiedlichen Planeten leben. Und damit wäre immer noch nicht alles getan: Wir müssten mehr Institutionen schaffen, die allen Bürgern zur Verfügung stehen – und die auch von allen Bürgern gleichermaßen akzeptiert werden. Ein Schulsystem etwa, das den Unterprivilegierten gleiche Chancen eröffnet und das dennoch so gut ist, dass auch die Begüterten kein „Opting-Out“ betreiben. Ein Gesundheitssystem statt der gegenwärtigen Zwei-Klassen-Medizin, hervorragende öffentliche Verkehrsmittel, die von Bürgern aller Schichten benutzt werden (und in denen sie sich deshalb auch als Gleiche begegnen), et cetera.

Das Buch von Richard Wilkinson und Kate Pickett kann die Regeln der Diskurse verändern. Aber sind die politischen Kräfte der demokratischen Linken auch bereit, für eine solche Änderung der rules of the game zu kämpfen? ■

HUMANE
WIRTSCHAFT

Zum Autor
Robert Misik



Robert Misik lebt als Publizist in Wien. Im September 2010 erscheint sein Buch „Anleitung zur Weltverbesserung: Das schaffen wir mit links“ im Berliner Aufbau-Verlag. Sein Weblog www.misik.at ist – wie er selbst schreibt – „zu einem der meistgelesenen nichtkommerziellen Online-Formate in Österreich geworden“. Der oben stehende Text erschien ursprünglich im Rahmen des Titelthemas der Ausgabe 3/2010 der Berliner Republik.